



## Gesundheit, Herr Stoiber!



Michael Schwarz  
Präsident der Bayerischen  
Landeszahnärztekammer

*L*iebe Kolleginnen  
und Kollegen,

man mußte lange zuhören, bis der wiedergewählte bayerische Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zum Thema Gesundheit kam. Nach 54 Seiten Redemanuskript, kurz vor dem Hinweis auf den Hochwasserschutz in Bayern, war es dann soweit. Dort erklärt *Edmund Stoiber*: „Wir wollen hohe Lebensqualität durch intakte Umwelt, bestmögliche Gesundheitsvorsorge und bürgernahen Verbraucherschutz.“ Zugleich wird ein „Forum für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz“ angekündigt. Das war's. Auch bei der Kabinettsbildung schien die Gesundheit und mit ihr die Zuständigkeit für die Gesundheitsberufe zunächst unter die Räder gekommen. Nicht nur die Presse, auch die Beamten im ehemaligen Gesundheitsministerium rätselten, wer in der bayerischen Staatsregierung wohl den Zuschlag für das ehemals klassische Gesundheitsressort erhält. Am Ende war die Überraschung wohl für den betroffenen Minister *Eberhard Sinner* am größten. Ihn schickte der Ministerpräsident nach Brüssel.

Dafür gewann der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber einen neuen Gesprächspartner, mit dem er bald ein Papier zur Gesundheitspolitik vorlegen will: den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Michael Sommer*. So jedenfalls heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung. Um die Konfusion perfekt zu machen, exponiert sich der stellvertretende CSU-Vorsitzende *Horst Seehofer* in Sachen Bürgerversicherung in einer Art und Weise, daß nicht nur die Schwesterpartei, sondern auch führende Kreise der bayerischen Wirtschaft, die das Gesundheitsprämien-Modell entwickelt hat, sich fragen, wer in Bayern eigentlich die Landtagswahl gewonnen hat. Gemeinsam mit Apothekern, Ärzten und Zahnärzten hat der Verband Freier Berufe in der Staatskanzlei dringenden Gesprächsbedarf angemeldet. Erste Kontakte mit der Spitze des neuen Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sind von seiten der Zahnärztekammer hergestellt. Parallel hat die Kassenzahnärztliche Vereinigung den Dialog mit dem Sozialministerium intensiviert, um auf die Folgen des von der bayerischen Staatsregierung und der CSU mitverantworteten GKV-Modernisierungsgesetzes hinzuweisen.

Die kurze Bestandsaufnahme nach der bayerischen Landtagswahl zeigt, wie die Politik – auch im Freistaat – mit dem Thema Gesundheit, erst recht wie sie mit den Gesundheitsberufen umspringt. Alle dürfen mitreden, Gesundheitsökonom, Gewerkschaftler, Patientenvertreter, Krankenkassenfunktionäre, – nur jene, deren Beruf und Berufung es ist, sich dem kranken Menschen zuzuwenden, ihn zu heilen, werden in der Staatskanzlei kaum noch gehört. Im Gegenteil: Nie schien das Mißtrauen gegenüber den sogenannten „Leistungserbringern“ größer. Kein Wunder, solange die Gesundheit von der Politik in erster Linie als Kostenfaktor definiert wird. Zwischen Umwelt und Verbraucherschutz werden die Gesundheitsberufe zusätzlich in die Zange genommen. Das „legitimiert“ die zunehmende Reglungsdichte, von der Röntgenverordnung bis zum Medizinproduktegesetz. Wen wundert es da, wenn jährlich mehrere zehntausend gut ausgebildete Akademiker, Wissenschaftler und Forscher, auch in den Gesundheitsberufen, diesem Land den Rücken kehren. Ob der bayerische Ministerpräsident das bedacht hat, als er über den Wirtschaftsstandort Bayern sprach?

Ihr Michael Schwarz